

## «Wir erleben die Rückkehr der Religionspolitik»

Die Zahl der Nones wächst in unserer Gesellschaft, dennoch sprechen manche von einer Rückkehr der Religion. Die SKZ schaut mit dem Politikwissenschaftler Antonius Liedhegener genau hin.



Prof. Dr. phil. habil. Antonius Liedhegener (Jg. 1963) ist Professor für Politik und Religion am Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP) an der Universität Luzern. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Politik und Religion in liberalen Demokratien, Religionspolitik, Religion und Kirchen, Religion und Zivilgesellschaft.

(Bild: zvg)

### SKZ: Herr Liedhegener, ich schaue mit Ihnen zunächst auf den Begriff «Religion». Wie definieren Sie Religion?

**Antonius Liedhegener:** Diese grundlegende Frage treibt die moderne Religionsforschung seit ihren Anfängen an. Die Frage nach dem Begriff ist deshalb so wichtig, weil damit Vorentscheidungen getroffen werden, worüber diskutiert wird und was in den verschiedenen religionsbezogenen Wissenschaften erforscht werden muss. Meine Position ist: Wenn man in modernen bzw. heute muss man sagen hochmodernen Gesellschaften sinnvoll über Sinn und Kontingenzbewältigung und die Rolle von Religion darin sprechen und forschen will, muss man den Religionsbegriff weit, aber gleichzeitig mit Verweis auf den Transzendenzbezug aller Religion klar abgegrenzt verwenden. In unserer Publikation «Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung» haben Jens Köhrsen und ich Religion daher ohne Anspruch auf eine besondere Originalität definiert als «individuelle, kollektive, organisatorische und/oder institutionelle Aus-

drucksformen und Verhaltensweisen, in denen sich die Zugehörigkeit, die Praktiken und die Glaubensansichten auf eine oder mehrere übernatürliche oder transzendente Entität/en hin ausprägen.»<sup>1</sup>

### Wann zeichnet sich in der Geschichte ab, was wir heute in Europa unter Religion verstehen?

Nach meiner Ansicht entspringt der moderne Religionsbegriff zwei zentralen Ereignissen der politischen Praxis. Erschöpft von einem dreissigjährigen Krieg der Konfessionen und Nationen im Herzen Europas einigte man sich im Westfälischen Frieden zu Münster und Osnabrück 1648 erstmals und dauerhaft darauf, dass die Frage der wahren Religion im Konzert der europäischen Mächte politisch nicht mehr zu entscheiden sein soll, d.h. keinen Kriegsgrund mehr darstellen soll. Dahinter steht eine enorme gedankliche Abstraktionsleistung, denn für diese politische Befriedung des Kriegs um religiöse Wahrheiten musste man sich auf einen Standpunkt ausserhalb nicht nur der eigenen, sondern auch jeder anderen Religion stellen. Das war neu und bahnbrechend. Was der Westfälische Frieden für die internationalen Beziehungen geleistet hat, haben die demokratischen Revolutionen in den USA und in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts erstmals in der Innenpolitik zum Prinzip erhoben. Die Bürgerrolle wird von der Rolle des Gläubigen getrennt, um ein pluralistisches, demokratisches Gemeinwesen aufbauen zu können. Der Schlüssel dazu ist die verfassungsrechtlich verbrieft Religionsfreiheit. Politik und Religion werden damit klar unterschieden, und Staat und Kirche sollten entflochten werden, wobei dies bekanntlich Unterschiedliches meinen konnte. Man sieht, warum dies zum modernen Religionsbegriff geführt hat: Religion wird zu einem Feld des Gesellschaftlichen unter anderen und sie ist als solche erst so von einem externen Standpunkt aus beobachtbar. Das erst erlaubte die dann rasch einsetzende Verwissenschaftlichung der Beschäftigung mit Religion im heutigen Sinne. Für diese erzielte politische Leistung der Befriedung von religiösen Konflikten zum Nutzen eines demokratischen Gemeinwesens gibt es allerdings keine Ewigkeitsgarantie. Vor dem Hintergrund dieser historischen Linie einer Freiheitsgeschichte, die die westliche Moderne trotz aller Rückschläge und Abstürze in menschenverachtende Diktaturen im 20. Jahrhundert war und ist, wird sichtbar, warum den aktuell unter Intellektuellen hoch geschätzten konstruktivistischen und postkolonialen Diskursen

ein beträchtliches Gefährdungspotenzial innewohnt. Neben ihrem berechtigten emanzipatorischen Impuls für die Opfer der Modernisierung gerade im globalen Süden ist die Argumentationsfigur der Exklusivität der Betroffenheit doch sehr gefährlich für die Demokratie: Argumente wie die Unkritisierbarkeit der Erfahrungen und Forderungen bestimmter Betroffenengruppen oder die Illegitimität jeglicher kultureller Aneignung zerstören in dieser Zuspitzung die rationalen Grundlagen eines demokratischen, am Grundsatz eines ethischen Universalismus orientierten Miteinanders in Vielfalt. Gruppenidentitäten erhalten im politischen Kampf wieder einen exklusiven, andere ausschliessenden Bekenntnischarakter, den die pluralistische Demokratie des 20. Jahrhunderts meinte, wenn nicht überwunden, so doch befriedet zu haben.

### **Seit Beginn des dritten Jahrtausends ist die Rede von einer Rückkehr der Religion. Was kehrt genau zurück?**

Das ist die entscheidende Frage. Bleiben wir für diese Frage weiter in Europa bzw. der Schweiz. Auf den Punkt gebracht: Wir erleben die Rückkehr der Religionspolitik. Religionspolitik soll hier bedeuten, dass der Staat auf der Basis von Mehrheitsentscheiden und Gesetzgebungsverfahren sein Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften und deren Rolle im öffentlichen Raum aktiv zu regeln sucht. Damit entfernt man sich von der Religionsfreiheit als regulierendem Prinzip der Verfassung. Die Schweiz hat für diese neue Religionspolitik westlicher Demokratien international beachtete Beispiele geliefert. Zu erinnern sind die Abstimmung zum Verbot des Baues neuer Minarette in der Schweiz von 2009 und die Annahme der Verhüllungsverbotsinitiative 2021. Weniger prominent, aber sachlich gleich gelagert ist jüngst das erfolgreiche Referendum zur Verhinderung eines muslimischen Gräberfeldes auf dem Friedhof von Weinfelden im Kanton Thurgau. Solche Religionspolitik bedeutet die Politisierung von religiösen Zugehörigkeiten im öffentlichen Kampf um Abstimmungsmehrheiten. Zur Debatte steht die öffentliche Rolle bzw. die Entfaltungsmöglichkeiten von Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum. Diese Art politischer Auseinandersetzung sind sehr konfliktiv und greifen in das Miteinander der Menschen im Alltag ein. Wir können den kausalen Zusammenhang zur Religionspolitik mangels Finanzierung einer geplanten Umfrage durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) noch nicht empirisch exakt beweisen, aber in unserer bevölkerungsrepräsentativen Pilotumfrage zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz vom Herbst letzten Jahres hat sich gezeigt, dass die Einwohner der Schweiz beim gesellschaftlichen Zusammenhalt eine deutliche Verschlechterung ausmachen. Für die Gegenwart bewerten sie ihn durchs Band als eher schlecht. Das sollte zu denken geben.

## Zum Thema



### **Das Potenzial des Humanismus**

*Kann Religion etwas bieten, was eine säkulare, humanistische Weltanschauung nicht umfasst? Die Antwort des Christentums: Religion hält die Gesellschaft zusammen, indem sie moralische Handlungsanweisungen gibt. Sie stellt sicher, dass das Individuum nicht egoistisch ausschert und hält Werte wie Mitgefühl und Vergebung hoch. Die humanistische Antwort darauf: Nein! Die Garanten für die freie Entfaltung des Individuums heissen Demokratie, Menschenrechte und humanistische Bildung. Diese Werte wurden während der Aufklärung – notabene gegen den Widerstand der Kirchen – erkämpft! Ausserdem sollten die Regeln für das Zusammenleben nicht auf starren, jahrtausendealten Geboten beruhen, sondern immer wieder aufs Neue verhandelt und nötigenfalls angepasst werden.<sup>1</sup>*

*Oft wird uns Humanist/innen vorgeworfen: «Ihr seid wissenschaftsgläubig! Aber es braucht doch noch etwas für die Seele.» Einverstanden! Aber: Zur Erfüllung des menschlichen Bedürfnisses nach Trost und einem ethischen Kompass braucht es keine Religion. Dafür bieten sich die Philosophie sowie die Kunst an, welche ihren festen Platz im humanistischen Weltbild haben. Was viele Leute noch an eine Religion bindet, ist die Angst vor dem Tod sowie das Verlangen danach, dass nach dem Tod Gerechtigkeit hergestellt wird. Zugegeben: Der säkulare Humanismus verspricht kein Leben nach dem Tod. Dafür aber ein ernst gemeintes Carpe Diem mit der Aufforderung, das Leben als einmalig und ohne Verlängerung wertzuschätzen. Dies motiviert täglich aufs Neue, für sich und andere empfindsame Lebewesen das Beste zu erwirken. Der säkulare Humanismus lehnt nicht alles ab, was von Religionen kommt. Im Gegenteil: Wir sollten uns aller guten Ideen bedienen, egal woher sie kommen, sofern sie die Gemeinschaft und die Rechte des Individuums stärken. Eine Religion kann die eigenen Gläubigen ansprechen und innerhalb dieser Gruppe Gutes bewirken. Der Humanismus hingegen hat das Potenzial, die ganze Menschheit zu vereinen.*

**Sonja Stocker**

<sup>1</sup> Vgl. Amsterdamer Erklärung oder «Die zehn An-Gebote». Sonja Stocker (Jg. 1980) ist dipl. Umweltingenieurin ETH und in der Naturgefahrenprävention tätig. Sie ist Leiterin der Regionalgruppe Freidenkende Zürich.

### **Nehmen Sie auch neue religiöse Phänomene wahr?**

Bislang hat man sich bei dem Versuch, neue religiöse Phänomene auszumachen, vor allem auf religionsnahe Bereiche konzentriert: New Age, Esoterik usw. Sobald man jenseits von Fallstudien zu mehr oder weniger spektakulären Einzelfällen sich diesen zumindest in Teilen neuen Phänomenen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung annähert, ist der Befund recht eindeutig. Es gibt all dies, aber diese alternativen Formen ersetzen innerhalb der Gesellschaft in keiner Weise jenen Beitrag, den das Christentum und die Kirchen geleistet haben bzw. in Teilen noch leisten. Ich denke, man sollte anders schauen: Wenn von Polarisierungen, Bedrohungsängsten und um sich greifenden Verschwörungserzählungen in der Gesellschaft die Rede ist, muss man fragen, woher dies kommt. Selbstverständlich sind die Ursachen solch fundamentaler Herausforderungen unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens vielschichtig. Ich halte es für nicht abwegig, der Hypothese nachzugehen, dass es sich hier

### **«Die Suche nach neuen Sicherheiten und einfachen Antworten führt zu politischen Kurzschlüssen.»**

Antonius Liedhegener

um eine neue Suche nach Heilshoffnungen, nach Erzählungen handelt, die von der Last der Kontingenz befreien. Wir erinnern uns an die krisenhaften Einschnitte wie die Covid-19-Pandemie, den Ukrainekrieg oder den Gazakrieg und seine Rückwirkungen auf die polarisierenden öffentlichen Debatten, die zum Teil tief in unser Lebensgefühl eingegriffen haben. Die Suche nach neuen Sicherheiten und einfachen Antworten auf die unübersichtliche Lage der Gegenwart führt zu politischen Kurzschlüssen. Wenn von der Politik die Lösung aller Fragen erwartet wird, dann sind die beobachtbaren polarisierenden Entwicklungen auch als Säkularisierungsfolgen zu verstehen. Es fehlen wichtige intellektuelle und emotionale Quellen der Kontingenzbewältigung, die die Politik von zu hohen Erwartungen entlasten könnten.

### **Der Politikwissenschaftler Oliver Hidalgo spricht von einer Paradoxie, nämlich, dass das Bedürfnis an religiöser Identität in den sich zunehmend säkularisierten Gesellschaften Europas nicht etwa sinkt, sondern steigt.<sup>2</sup>**

Oliver Hidalgo ist ein Vertreter der politischen Theorie und Ideengeschichte. Er wirft immer wieder wichtige Fragen und Themen auf und hat schon so manche gedankliche Paradoxie formuliert. Die empirische Forschung zeigt, dass man den Zusammenhang etwas anders fassen muss – und dann verschwindet die Paradoxie weitgehend. Es

ist nicht das Bedürfnis nach religiöser Identität, sondern nach sozialer oder kollektiver Identität. Die österreichische Philosophin Isolde Charim diagnostizierte, dass die neue Vielfalt unserer Zuwanderungsgesellschaften und die ungeklärte Frage nach dem Umgang damit alte Selbstverständlichkeiten des sozialen Miteinanders aufgelöst haben. Das muss nicht unbedingt schlecht sein, weil es zu einem gerechteren und freiheitlicheren Zusammenleben beitragen kann, indem ältere Herrschaftsverhältnisse in Frage gestellt werden. Es erzeugt aber doch einen erheblichen Problemdruck. Dieser Problemdruck zeigt sich vor allem in der Frage der sozialen Identitäten und ihres öffentlichen Stellenwertes. Wenn die Selbstverständlichkeiten der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr greifen, eine zunehmende Zahl von Menschen die Erfahrung macht, selbst zumindest gefühlt zu einer Minderheit zu gehören, und Vor- und Nachteile politisch zunehmend entlang von Gruppenzugehörigkeiten vergeben werden, dann stellt sich die Frage nach der eigenen sozialen Identität mit einer neuen Dringlichkeit. Nicht zufällig beobachten wir eine Zunahme von Identitätspolitik in westlichen Demokratien.

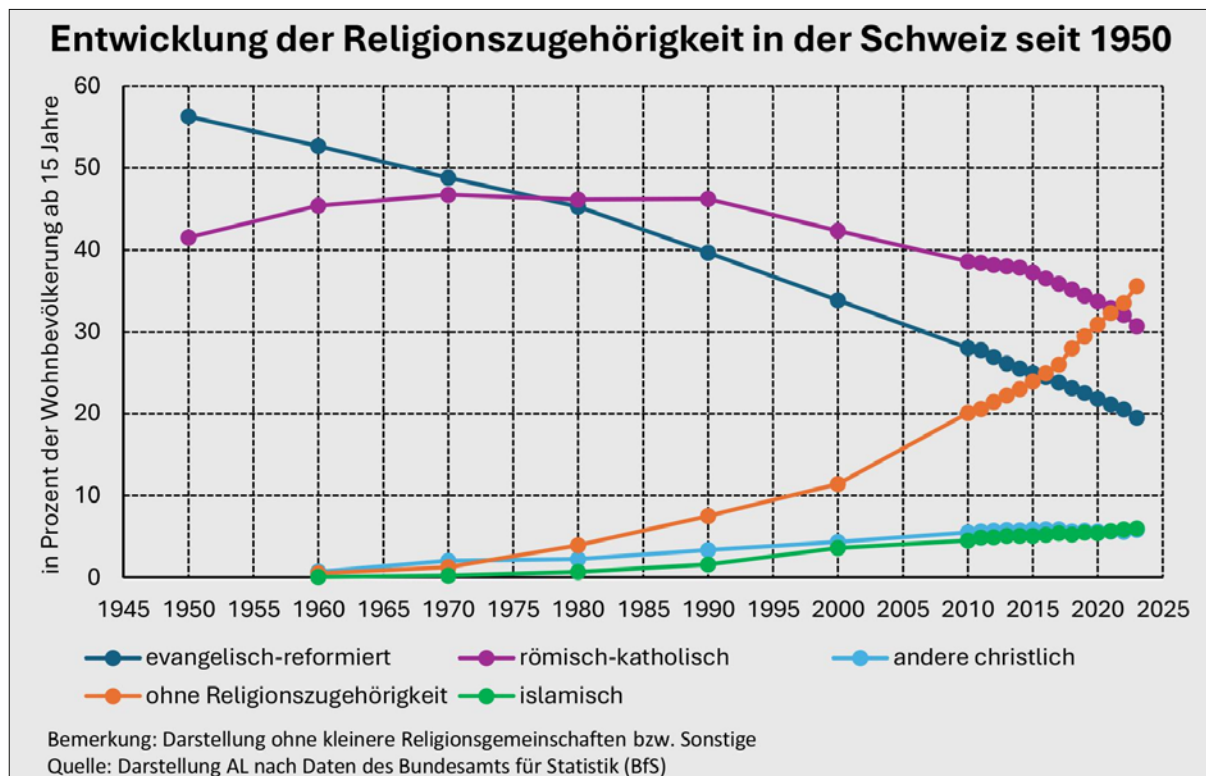
### **Welche Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und Glaubensgemeinschaften hat dies?**

Das Problem jeder Art von Identitätspolitik ist, dass sie die Bürgerrolle, d. h. das Gemeinsame der in einem Staat zusammenlebenden und zusammenwirkenden Menschen, aushöhlt. Der Sinn für die gemeinsame Verantwortung für das Ganze schwindet, und es zählt nur, welche Identitätsgruppen sich durchsetzen können. Das erschwert sachliche öffentliche Kontroversen als Instrument der Konfliktlösung und Kompromissbildungen in parlamentarischen Verfahren. Das Referendum von Weinfelden spiegelt dieses Identitätspolitikproblem: Auf lokaler Basis wurde ein gangbarer Weg gefunden, die Friedhofsordnung so abzuändern, dass auf die Ausrichtung nach Mekka beim muslimischen Begräbnis Rücksicht genommen werden kann. Die Abstimmung im Gemeinderat erbrachte eine breite Mehrheit für die neue Friedhofsordnung. Sobald die nationale Öffentlichkeit und die politische Instrumentalisierung der muslimischen Identität als prinzipiell nicht zur Schweiz gehörig ins Spiel kommen, kippt die Diskussion und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen gewinnt die Oberhand. Dabei spielen nachweislich diffuse Ängste und Bedrohungsgefühle eine entscheidende Rolle, die die Identität der Schweiz durch den sozialen und religiösen Wandel als sehr bedroht erscheinen lassen.

### **Wie können wir als Gesellschaft und als Religionsgemeinschaft dem begegnen?**

Soziale Identitäten sind an sich nichts Schlechtes. Menschen sind auf sie angewiesen, um ihr Verhalten in Gruppen, im Staat und in der Gesellschaft zu koordinieren. Wichtig ist, dass vor allem kollektive Identitäten sich als

<sup>2</sup> Hidalgo, Oliver, Religion und Kirchen als Widersacher oder Komplizen des Rechtspopulismus?, in: Schütz, Johannes/Kollmorgen, Raj/Schäller, Steven (Hg.), Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, Köln 2021, 189–205.



Identitätsmarker verwenden lassen. Das bedeutet, dass entlang der angesprochenen sozialen Identität zwischen «Wir» und «die Anderen» getrennt wird. Damit rührt man an sozialpsychologische Grundmechanismen der Gruppenbeziehungen. Da jeder Mensch eine positive Selbstwahrnehmung schätzt und sucht, werden auch Gruppenzugehörigkeiten unter diesem Aspekt bewertet. Sie sollen zur positiven Selbstwahrnehmung beitragen, und das je mehr die eigene Persönlichkeit als schwach oder gefährdet wahrgenommen wird. Wenn eine Gruppenzugehörigkeit als gefährdet erscheint, muss, sofern man nicht seine Gruppenzugehörigkeit zugunsten einer besser gestellten Gruppe wechseln kann, nach Wegen gesucht werden, den Wert der eigenen Gruppenzugehörigkeit wieder zu erhöhen. Ein immer wieder dazu eingesetztes Mittel ist die Abgrenzung zu anderen Gruppen. Die jeweilige Outgroup wird als fremd, schlechter oder gar minderwertiger dargestellt. So gerät eine Spirale eigener Statusverbesserung durch Abwertung und Ausgrenzung anderer in Gang. Oftmals gibt es in polarisierten Gesellschaften mehrere solcher Spiralen der gegenseitigen Abwertung und Ausgrenzung. Politisch und gesellschaftlich gilt es diese zu erkennen und zu durchbrechen. Es braucht dazu einen Grundkonsens in der Gesellschaft, sich bei allen Unterschieden, die in freiheitlichen Gesellschaften ja gewollt sind, als untereinander gleichwürdig und gleichberechtigt anzuerkennen. Und dieser Grundkonsens muss sich in der Verfassung und den rechtlichen Institutionen

spiegeln. Ist es richtig, dass es für kleinere oder neue Religionsgemeinschaften in der Schweiz de facto in nahezu allen Kantonen unmöglich ist, in ein vergleichbares Rechtsverhältnis zum Staat zu treten wie die Landeskirchen? Wir sind wieder bei der Religionspolitik angelangt.

### Was fehlt, wenn Religion fehlt?

Manchen Menschen fehlt nichts, manchen alles – und der Gesellschaft insgesamt ein Lebensbereich, der die Politik von kaum zu lösenden Heils- und Sinnerwartungen entlastet. Im Licht der aktuellen identitätspolitisch aufgeladenen Lage erhält das Böckenförde-Zitat eine neue Dringlichkeit: Wenn die liberale Demokratie auf Voraussetzungen aufbaut, die sie selbst nicht schaffen kann, dann sind die Säkularisierung und Entkirchlichung der Gesellschaft keine Angelegenheit nur der Glaubensgemeinschaften. Der Ausfall des Christentums als kultur- und politiktragender Wertekultur der Gleichheit und Würde aller Menschen müsste zukünftig von der Schweizer Gesellschaft kompensiert werden, falls er sich denn in einer nicht allzu fernen Zukunft als umfassend und kaum mehr reversibel herausstellen sollte. Vielleicht könnten sich manche, die aus den Kirchen ausgetreten sind, die Frage vorlegen, ob ihr oder ihm dieses Fundament des freiheitlichen Gemeinwesens nicht doch lieb und teuer ist.

*Interview: Maria Hässig*

Interview in voller Länge unter [www.kirchenzeitung.ch](http://www.kirchenzeitung.ch)